

sammenbruch erlebt, als unser Staat zusammenbrach. Ich war froh darüber, aber ich befürchte, und darüber bin ich nicht froh, daß wir Dingen entgegen-schlittern, die uns irgendwann einmal aus der Hand gleiten. Hier appelliere ich an Sie, tun Sie alles und machen Sie Ihre Kollegen in Bonn munter. Es ist schlimmer als Sie glauben. Die breite Meinung der Bevölkerung ist schlecht und das hat mit der „grünen Wiese“ nichts zu tun. Die „grüne Wiese“ macht uns zu schaffen. Immerhin ist es so, daß wir 60 % aller Einkaufsmöglichkeiten auf der „grünen Wiese“ haben, in Westdeutschland sind das 30 %. Unsere Einkaufskraft ist viel geringer als die im Westen. Es besteht ein arges Mißverhältnis.

Das Schlimme ist, daß am Anfang Fördermittel für den Aufbau von Gewerbe-gebieten verschleudert wurden. Auf diesen Gewerbegebieten wurden Handels-einrichtungen mitgefördert. Große Unternehmen wie C&A u. a. haben die För-dergelder abkassiert. Wir haben nichts bekommen. Die vielen kleinen Dinge haben im Endeffekt große Probleme hervorgerufen. Ich danke Ihnen fürs Zu-hören.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Werner. Diese Anhörung dient dazu, daß die Partner in Bonn ein bißchen besser erfahren, was hier in denen neuen Bundesländern passiert. Insofern sind wir Ihnen sehr dankbar, daß Sie uns so offen und unkompliziert sagen, was Sie für Probleme haben und wie Sie damit leben. Wir wissen aber auch, daß die „grüne Wiese“ eben nicht in Bonn gepflastert wird, sondern hier, und daß wir eine gestaffelte Verantwortung haben. Insofern denke ich auch, daß uns die Anhörung hier hilft. Ich bin mir sicher, daß auch der Beitrag von Herrn Fell uns in dem Sinne helfen wird.

Wolfgang Fell: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist mehr als Routine, wenn ich Ihnen zunächst einmal dafür danke, daß Sie sich mit Ihrer Arbeit, den ganz besonderen Problemen des Mittelstandes zuwenden, und daß Sie mich eingeladen haben als Präsident der Industrie- und Handelskammer Halle/Dessau, hierzu ein paar Anmerkungen zu machen.

Ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen. Mein Name ist Wolfgang Fell. Ich bin verheiratet, habe zwei Söhne, gebürtiger Hallenser, Schulabschluß Polytechnische Oberschule, anschließend die Lehre als Koch und Kellner in Halle, habe anschließend in Leipzig Gaststätten- und Hotelwesen studiert, 1980 aus dem volkseigenen Sektor ausgestiegen und bin nun in der private Wirtschaft tätig. Als damaliger Kohlenhändler in Halle hatte ich einen Fuhrpark von 1953, LKW's mit einigen Anhängern aus dem Jahre 1936, heute ist der Betrieb total modernisiert. Ich bin für meine Kollegen als Vorsitzender des mitteldeutschen Handelsverbandes für Brennstoffe, Mineralöle im Wärme-Service verantwort-lich für die Händler in Sachsen-Anhalt, Berlin und Brandenburg, Präsident der Industrie- und Handelskammer Halle/Dessau und als Vizepräsident des Deut-schen Industrie- und Handelstages in Bonn tätig.

An wen kann man, an wen soll man nun denken unter der Überschrift Mittelstand in den neuen Bundesländern? Dies ist eine wichtige Frage. Die andere wichtige Frage ist dann sicherlich, wie erlebt der Mittelstand den noch immer turbulenten Um- und Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern? Wenn ich also der Frage nachgehe, wen sollte man in den Blick nehmen, dann denke ich zunächst einmal daran, daß es auch zu sozialistischen Zeiten noch eine kleine verschworene Gruppe von Selbständigen gegeben hat. Ich möchte sie vielleicht die Alt-Selbständigen nennen, und zu dieser Gruppe zähle ich selbst. Wie gesagt, im Jahr 1980 habe ich eine auskömmliche und sichere Stellung als Großgaststättenleiter aufgegeben und bin Brennstoffhändler geworden. Ich verrate Ihnen nichts Neues, daß diese Alt-Selbständigen natürlich mit großen Hoffnungen in die Marktwirtschaft hineingegangen sind. Vielen ist dieser Sprung in das kalte Wasser auch gelungen. Viele sind aber auch auf der Strecke geblieben, und darunter namhafte, über 100 Jahre alte, Unternehmen. Da man sich in den Städten und Dörfern als Selbständige gut kannte, sind dies immer auch bedrückend menschliche Ereignisse gewesen. Oft stimmten unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen die Standorte nicht mehr. So mancher Handwerker mit Laden und Werkstatt in der Innenstadt mußte aufgeben. Ganz entscheidend dürfte aber gewesen sein, daß Selbständigkeit in der sozialistischen Wirtschaft völlig andere unternehmerische Kompetenzen herausgebildet hatte, als das unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen notwendig war. Schlagwortartig läßt sich das kennzeichnen mit dem Hinweis, im Sozialismus kam es darauf an, Ware zu beschaffen, der Verkauf lief von allein. Und jetzt ist es umgekehrt. War früher der Lieferant der umworbene König, so ist jetzt der Kunde, der unter allen Umständen und aller Überfülle auswählen kann.

Eine andere Gruppe von neuen Mittelständlern sind sicherlich diejenigen, die ihre enteigneten Betriebe wieder zurückbekommen haben. Vor allem die Reprivatisierungen machen bis heute große Probleme. 1990/91 galt der Grundsatz: alles oder nichts. Die Betriebe mußten also vollständig, hinsichtlich Gebäuden und Grundstücken, und auch der Schulden übernommen werden. Das hat viele überfordert. Marode Gebäude und Ausrüstungssubstanz, oftmals ökologisch belastete Grundstücke und Schulden, deren Verzinsung und Tilgung nicht erwirtschaftet werden konnte.

Eine dritte Gruppe sehe ich dann in den Privatisierungen von Unternehmen. Eine besonders auffällige Gruppe sind hier viele Bauunternehmen, die sich aus den Kreisbaubetrieben heraus entwickelt haben. Hier finden wir die größten Gefahrenpotentiale für Unternehmen und Beschäftigte. In vielen Fällen ist es nicht gelungen, Vorarbeiter und Mitarbeiter in ihrem Denken aus sozialistischer Zeit herauszuholen und auf Qualität, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit einzustellen. Wesentlich erfolgreicher sind da die Alt-Selbständigen, kleine Handwerksbetriebe. Hier können sich die Meister unmittelbar einbringen und sie wirtschaften daher auch durchweg erfolgreicher als die 50 oder 100 Beschäftigte umfassenden größeren Baubetriebe.

Bleibt eine weitere ganz wichtige Gruppe, das sind die Neugründungen. Einen wahren Gründungsboom haben wir in den Jahren 1990 bis 1992 erlebt. Jetzt hat sich das Geschehen etwas beruhigt. Dennoch steigt die Zahl der Neugründungen immer noch leicht an. Vor allem, und das ist erfreulich, im Bereich technischer Dienstleistungen und im gewerblichen Bereich. Im Handel beobachten wir eine Stagnation bei einer hohen Anzahl von Abmeldungen und Neuanmeldungen von Geschäften. In den ersten zwei bis drei Jahren dürfte die Zahl derer, die aus Freude an der Selbständigkeit diesen Weg gewählt haben, in der Mehrzahl gewesen sein. Heute haben wir es sicherlich überwiegend mit Neugründungen von Geschäften zu tun, deren Besitzer aus der Not, das heißt Arbeitslosigkeit, die Tugend Selbständigkeit gemacht haben. So ist unter dem Strich die Zahl der Unternehmen hier im Kammerbezirk Halle/Dessau von etwa 3.500 Alt-Selbständigen und 2.000 volkseigenen Betrieben auf über 50.000 gestiegen. In diesem Zeitraum haben insgesamt über 100.000 ein Gewerbe angemeldet, die Hälfte davon ist noch am Markt. Das mag erschreckend klingen, nur die Hälfte hat überlebt. Man kann es aber auch positiv ausdrücken und sagen, immerhin die Hälfte hat es geschafft. Denn es ist ja bekannt, daß auch im Westen davon auszugehen ist, daß nach fünf Jahren höchstens noch die Hälfte der Neugründungen am Markt ist. Aus diversen Untersuchungen, beispielsweise solcher Unternehmen, die mit öffentlichen Mitteln unterstützt worden sind, wissen wir, daß die Überlebenswahrscheinlichkeit der Ostfirmen im Vergleich zum Westen sogar etwas höher ist. Hier zahlt sich möglicherweise die sehr intensive Betreuung der Existenzgründer durch die Industrie- und Handelskammer und auch der Handwerkskammer in den neuen Bundesländern aus. Der Weg zur Kammer wird sehr viel öfter beschritten, als das im Westen der Fall ist.

Wie können wir nun die Lage des Mittelstandes einschätzen? In Durchschnitt sollte man in den neuen Bundesländern nicht denken. Deshalb möchte ich zunächst auf die schwierige Situation vieler mittelständischer Unternehmen eingehen. Wir schätzen, daß etwa 20 % der Unternehmen im Kammerbezirk, das sind etwa 10.000, akut in ihrer Existenz gefährdet sind. Gemeinsam mit der Deutschen Ausgleichsbank sind in allen Kammerbezirken in den neuen Bundesländern sogenannte Runde Tische eingerichtet worden. Hier wirken Hausbanken, öffentliche Förderinstitute, Unternehmensberater zusammen, um solchen Firmen rasch zu helfen. Das ist uns im vergangenen Jahr in 100 Einzelfällen gelungen. Einer großen Anzahl von Firmen mußte aber auch gesagt werden, daß nur die Gesamtvollstreckung zu beantragen ist. Wenn die Schulden einmal zu groß geworden sind, helfen auch keine öffentlichen Fördermittel mehr. Es ist aber nicht das ganze Bild. Wir schätzen, daß etwa 50 % der Unternehmen ein ordentliches und tragfähiges Konzept erarbeitet haben. Es bleiben dann 20-30 % der Firmen, die nur mühevoll Verluste vermeiden können. Ihr Bedarf ist dann oft externe Unterstützung durch qualifizierte Unternehmensberater zu erschwinglichen Konditionen. Dies ist aber nur sehr schwer zu finden. Weder gibt es ausreichend qualifizierte Unternehmensberater, diejenigen, die als qualifiziert angesehen werden können, können dann Preise verlan-

gen, die von vielen Firmen nicht aufzubringen sind. Das führt mich zu einer Grundsatzfrage der Förderpolitik in den neuen Bundesländern. Die Förderpolitik ist im wesentlichen an Investitionshilfen und an Eigenkapitalhilfen bei der Gründung festgemacht. Die Eigenkapitalhilfe leistet gute Dienste und sie ist aus meiner Sicht auch unverzichtbar. Die Nachfrage nach investitionsorientierten Hilfen, vor allem also die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sind, wie Sie wissen, sehr rückläufig. Das hat etwas damit zu tun, daß bei den meisten Unternehmen die notwendigen Ausrüstungen vorhanden sind. Die Kosten stimmen aber dennoch nicht, weil man erhebliche unausgelastete Kapazitäten hat und das führt zu einer hohen Fixkostenbelastung. Die eigentliche Problematik besteht dann mehr darin, den Markt für die Kapazitäten zu schaffen. Und Märkte schaffen, ist ein kompliziertes Zusammenspiel aus zielorientierter Kalkulation in Verbindung mit geeigneten Marketingmaßnahmen. Hier gibt es zwar auch den einen oder anderen Förderansatz, z. B. Beratungshilfen für Markterschließung und Messerförderung. Es gibt aber kein wirklich geschlossenes Programm, welches von der Produktentwicklung über die Kalkulation bis hin zum Markt reichen würde. Vielleicht liegt hier eine Anregung zur Neuordnung des Fördervolumens. Ich möchte hier ausdrücklich Neuordnung sagen und nicht von einer pauschalen Erhöhung des Fördervolumens reden.

Lassen Sie mich abschließen mit einem Hinweis auf die Gesamtsituation des Aufbaus und Umbaus der ostdeutschen Wirtschaft. Wichtig ist mir, voranzustellen, daß die Währungsunion mit einer Umstellung 1:1 bei Preisen und Löhnen die Exportwirtschaft nicht verkraften konnte. Die mit der Währungsunion verbundene Aufwertung aus der Sicht der Exportwirtschaft um 300 %, in Verbindung mit einer Vervierfachung der Löhne bis heute, hat dazu geführt, daß die Exportbasis gerade mal noch ein fünftel dessen ausmacht, was im Westen die Grundlage für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist. Und deshalb haben wir auch ein riesiges Importdefizit, in einer Größenordnung von etwa 200 Milliarden DM in den neuen Bundesländern. Ich möchte hinzufügen, daß ich weit davon entfernt bin, die Währungsunion zu kritisieren. Man muß aber die ökonomischen Folgen, insbesondere für die Exportwirtschaft, als Preis einer Politik der Wiedervereinigung im Auge behalten. Die Zukunft des Mittelstandes, meine Damen und Herren, der sich bis jetzt herauskristallisiert hat mit einer großen Zahl tragfähiger neuer Unternehmen, aber auch mit einer großen Zahl stark gefährdeter Unternehmen, wird nur dann einen guten Weg nehmen, wenn die Transfers von West nach Ost in absehbarer Zeit ihre jetzige Höhe behalten. Ohne diese Transfers würde ein Drittel der Nachfrage hierzulande wegbrechen mit allen offenkundigen Folgen für den Unternehmensbestand, wie er von mir beschrieben worden ist. Auch damit möchte ich nicht klagen, Sie verstehen mich richtig, wenn Sie dies als Hinweis auf eine Wirklichkeit deuten, die so ist, wie sie ist. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Fell. Sie haben zu Recht gesagt, daß die Überlebensfrage für

den Mittelstand ein Kernproblem für den Aufbau bei uns hier in den neuen Bundesländern ist.

Wir sind noch im Zeitrahmen. Ich möchte Ihnen allen herzlich dafür danken, und wir haben nun eine Stunde Zeit für die Diskussion. Ich bitte Sie, davon rege Gebrauch zu machen. Ich habe bisher eine Wortmeldung, und zwar die des Kollegen Kuhn.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Ich möchte hier doch noch ganz kurz zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Werner, etwas ergänzen oder korrigieren. Es tut mir richtig leid, daß Sie so wenig vernünftige Berater gehabt haben, die eigentlich Sie als kleinen Unternehmer gerade im steuerrechtlichen Bereich so wenig beraten haben. Sie hatten dadurch nicht die Möglichkeit, im investiven Bereich einzusteigen.

„Grüne Wiese“ ist immer das Reizwort in Ostdeutschland. Aber erinnern wir uns doch einmal zurück. Wie war es denn, als die Revolution 1989/90 ihren Lauf nahm? Was waren denn die ersten Forderungen nach der Währungs- und Sozialunion? Als das richtige Geld da war, wollten unsere Bürger nicht mehr die Waren aus ihren eigenen Betrieben kaufen. Sie hatten Bedürfnisse in westlicher Richtung, nach Westwaren, und sie haben konkret gesagt: Herr Bürgermeister, was tun Sie endlich dafür, daß wir „Aldi“, „Quelle“ etc. hier haben, damit wir auch letztendlich nicht die teuren Waren kaufen müssen? Also, das war schon ein dynamischer Prozeß. Ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie sagen, wir brauchen unbedingt ein Programm, das die Revitalisierung unserer Innenstädte beinhaltet. Im Bereich der Rückgabe vor Entschädigung sind Sie mir ein sehr seltenes Beispiel, weil Sie eigentlich als ehemaliger Eigentümer das nutzen sollten, aber das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen in Leipzig hat ausgesprochen langsam gearbeitet. Da müßte man doch dort mit den zuständigen Bearbeitern auch mal reden. Wenn Sie also schon eine Investitionsvorangbescheinigung bekommen haben, dann muß natürlich irgendwann die Entscheidung komplett sein, die Eintragung ins Grundbuch, damit die Belastbarkeit mit der Grundschuld funktionieren kann. Darüber würde ich mich gern mit Ihnen nachher mal unterhalten.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Darf ich vielleicht bitten, Herr Kuhn, daß wir doch zu Fragen kommen.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Gut, in der Beziehung kenne ich die Programme, so wie sie existieren. Ich kann nur sagen, Handelseinrichtungen haben keinen Pfennig Förderung bekommen, ob sie sehr groß waren, ob sie auf der „grünen Wiese“ waren, spielt keine Geige. Die Erschließung der Gewerbegebiete ist passiert. 70 % Gewerbe, 30 % Handel, das mußte gegeneinander aufgerechnet werden. Ich kann keine Bevorteilung erkennen. Fragen habe ich diesbezüglich nicht, aber das hat mich erst einmal inspiriert, weil ich das selber am Praktischen in meiner kommunalpolitischen Zeit miterlebt habe.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dr. Karl Wilhelm Fricke bitte.